

# RSF: Auftragsjournalisten

JOSE STEINSLEGER - La Jornada

• MIT »unparteiischer und absoluter« Hartnäckigkeit hat Robert Ménard, Direktor der Reporter Ohne Grenzen (Reporters Sans Frontières - RSF), sich selbst davon überzeugt, weltweit das Recht auf freie Meinungsäußerung zu verteidigen. Seine Jahresberichte handeln von Verletzungen der Pressefreiheit, mal in Kuba, China und Venezuela; mal im Irak, in Venezuela und Kuba; in Mexiko, Kuba und Venezuela; in Kuba, Kolumbien und Venezuela, und auch mal in Venezuela und Kuba.

Vor einigen Tagen aber spielte Ménard die Besessenheit vom »real-informativen Pluralismus« einen üblen Streich. Es reichte, daß der Berater für lateinamerikanische Angelegenheiten ihm mitteilte, daß die Regierung in Havanna sich von Marx befreit habe, schon schrie er euphorisch:

»Wir haben gesiegt!«

Da er dessen unüberlegten und voreiligen Ruf kannte, versuchte Regis Bourgeat Ménard zurückzuhalten:

»Robert...!«

Aber der Chef saß schon an seinem Laptop und faßte einen Bericht ab, der dem über den Irak nach dem Fall von Saddam Hussein ähnlich war, nur mit ausgetauschtem Subjekt: »Nach so langen Jahren offizieller Propaganda«, schrieb er, »eröffnet sich eine neue Ära der Freiheit, voller Hoffnung und Unbestimmtheit für die kubanischen Journalisten«.

»Robert... Hör, Robert!«, flüsterte Regis ängstlich, »Es ist nicht der Marx, an den du denkst, sondern Gary, Gary Marx, der Korrespondent von der *Chicago Tribune* in Kuba.«

Ménard wurde fahl. Verblüfft blickte er auf die Trophäe, die er im Jahr 2006 aus den Händen des Königs Jüan Carlos de Borbón erhalten hat (vierter Journalistenpreis Anto-nio Asensio). Aus

der mittleren Schublade seines Schreibtisches nahm er eine Plastiktüte und schüttete einen Teil ihres Inhalts auf die Glasplatte des Tisches. Im Bleistiftbehälter fand er ein Metallröhrchen. Er neigte den Kopf, drückte auf einen der Nasenflügel und inhalierte tief. Regis bekam zu hören:

»Du bist entlassen.«

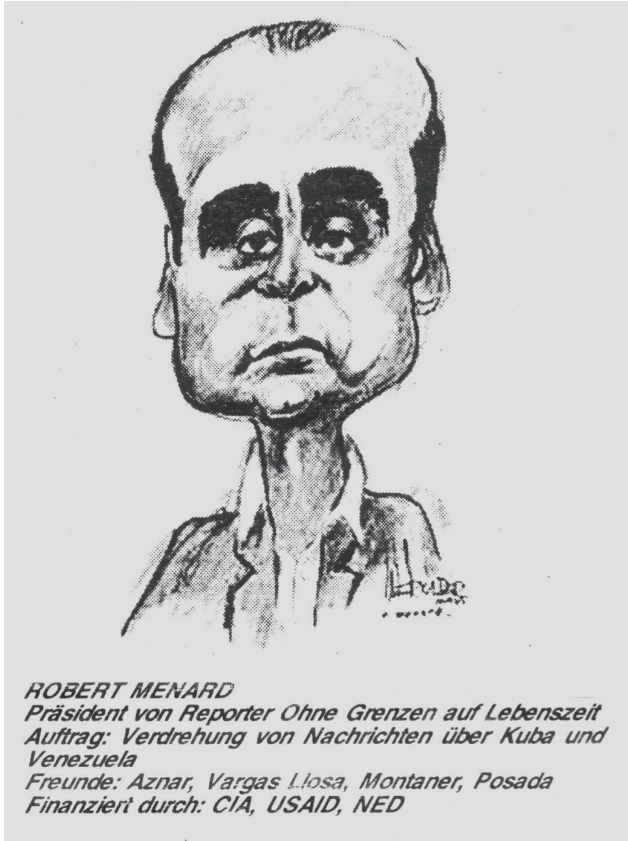
Wer ist die RSF? In einem umfangreichen Dokument über Kuba, das Colin Powell 2004 dem US-Kongreß präsentierte, ist RSF die einzige Nichtregierungsorganisation (NGO), die der ehemalige Staatssekretär von George Bush als ein Beispiel dafür hinstellt, wie man mit den Medien unter den Regierungen des Bösen umgehen muß.

Denn in der universellen Sache des Guten haben die Berichte der RSF juristische Präzedenzfälle geschaffen: wenn in den Ländern des Bösen jemand ein Handy, ein Fax oder einen Computer mit Internetanschluß hat und beginnt, Botschaften zugunsten des Guten und Lügen über das Böse zu übertragen, dann wird er zum »Dissidenten« oder »unabhängigen Journalisten«.

Ideal ist es, wenn der »Dissident«, der in den Ländern des Bösen tätig ist, von den Behörden belangt wird. Dann tritt die RSF in Aktion, verwandelt eine juristische Angelegenheit in »Verletzungen der Pressefreiheit«. So war es im Fall des Journalisten Gustavo Azócar, der im Jahr 2000 wegen Betrug und Verschiebung öffentlicher Gelder zum Nachteil der Lotterie von Táchira (Venezuela) angeklagt war.

Als allerdings der Korrespondent des Fernsehkanals Al-Jazeera, Tayseer Aouni, am 8. September 2003 in Spanien wegen des »Verdachts« einer Verbindung mit Al-Qaeda festgenommen wurde, erklärte Ménard, daß die Journalisten nicht

außerhalb der Gesetze ständen und daß der vom Richter Baltasar Garzón verhaftete Korrespondent für das, was er getan habe, festgenommen wurde, und nicht wegen seiner Artikel. Da Garzón keine Beweise vorbrachte und



die Schuld von Aouni nicht bewiesen wurde, ist anzunehmen, daß der Korrespondent von Al-Jazeera das gleiche getan hat, wie der spanische Kameramann José Couso und der Reporter Taras Protsyuk (Agentur Reuters), die am 8. Oktober 2003 von einer Granate umgebracht wurden, die ein US-amerikanischer Panzer abgeschossen hatte und damit den 15. Stock des Hotels Palestina in Bagdad zerstörte, wo die internationale Presse schon vor der Invasion untergebracht war.

»Oh, !a, la«, sagte Ménard. Heute wissen wir, daß die Granate vom Feldwebel Shawn Gibson abgeschossen wurde, der zur Kompanie A des Panzerregiments 64 der dritten Division der gepanzerten Infanterie der US-Armee gehörte, und daß Hauptmann Philip Wolford den Schuß auf Befehl von Oberstleutnant Philip de Camp, dem Regimentschef, genehmigte.

Am gleichen Tag, an dem Couso und Protsyuk durch das Werk des Guten

starben, bombardierte die US-Luftwaffe den arabischen Sender Al-Jazeera und Abu Dhabis TV, wobei der Journalist Tareq Ayub umkam. Aber Ménard war nicht für solche Bagatellen zu haben, sondern beendete gerade eine Deklaration der RSF, in der er erklärte, »der Sturz der Diktatur von Saddam Hussein beendete...«, nun gut, das gleiche wie immer zu denn Fall.

RSF entthob die US-Armee jeder Verantwortung. Und am nächsten Tag widmete sie den Aufmacher ihrer Webseite der »fehlenden freien Meinungsäußerung in Kuba«.

Der »unabhängige« Journalist Robert Ménard genießt größere Schlagkraft und Macht als die Raketen des Nordatlantikpakts (NATO) im Krieg im ehemaligen Jugoslawien oder die, die von der Frau Oberst Kimberley Olson von der US-Luftwaffe über Städte und Dörfer Mittelasiens abgefeuert wurden.

In den »Berichten« der RSF kommt die Bombardierung der Radio- und Fernsehstation von Serbien (1999) nicht vor, auch nicht die Zahl der Journalisten, die während der Invasion im Irak (2003) getötet worden sind. Frau Oberst Olson hingegen wurde angeklagt, ihre Position als Vize-Kommandantin des Generals (a.D.) Jay Garner (erster US-Verwalter im Irak und später »Lieferungsunternehmer« der Armee) ausgenutzt zu haben, um sich drei Millionen Dollar aus Verträgen mit einer »Sicherheitsfirma« anzueignen.

Warum werden die Berichte der RSF in Washington und der Europäischen Union als Paradigmen der »Objektivität« angesehen, wenn Militärangehörige wie Olson im April 2006 wegen Söldnertätigkeit vor einem Kriegsgericht angeklagt wurden? Arbeiten nicht beide für die gleiche Sache, nach den gleichen Mustern?

Man könnte vermuten, daß Olson, gegen bestimmte Prinzipien der ehrbaren Institution, die sie vertritt, verstoßend, entdeckte, daß in dem Projekt der »Demokratieerzeugung« die vertragliche Anheuerung von Söldnern effizienter ist als die Verteidigung von Demokratie und Freiheit innerhalb des politischen Spiels der internationalen Diplomatie.

Der Fall Ménard liegt anders. Er ist ein professioneller Söldner. Deshalb hat die

RSF nie ein Wort über die Monopolbildung bei den Massenmedien in den Vereinigten Staaten verloren, dem Land, in dem laut RSF »...wirkliche Pressefreiheit existiert«. So daß, genau wie die »Glücksritter unter den Soldaten«, die »unabhängigen« Journalisten die RSF in ein Geschäft verwandelt haben, das »Kennziffern für Pressefreiheit« nach Bedarf des Kunden liefert. Ihre »Ethik« scheint sich nicht von der Robert B. McKeons zu unterscheiden, dem Präsidenten des berühmten Söldnerunternehmens Dyncorp, der »...die Privatisierung und die Umgestaltung der Möglichkeiten der Regierungen auf der ganzen Welt« unterstützt. McKeon bekennt: »Ich wollte eines Tages unabhängig sein. Der Wunsch entsprang meinem starken Bedürfnis, mein eigener Chef zu sein und keine Grenzen zu haben, wenn es ums Geldmachen geht.«

Besser ist es, »unabhängiger« Journalist zu sein. Die »Vertragssoldaten« enden verstümmelt oder an einer Brücke der Länder des Bösen hängend, und keiner kann sie rehabilitieren, denn so sieht es der Vertrag vor, den sie in diesem Jammerthal unterschrieben haben. Im April 2000 hat die RSF ohne Beweise den verfassungsmäßigen Präsidenten Haitis, Jean Bertrand Aristide, mit dem Tod der Journalisten Jean Dominique und Brignol Lindor in Zusammenhang gebracht. Am 29. Februar 2004, als Aristide durch die gemeinsame Invasion von Washington und Paris gestürzt wurde, sprach Ménard von der »wiederhergestellten Pressefreiheit... eine Hoffnung, die man aufrecht erhalten muß«. Dann aber schwieg RSF angesichts des Todes des 25jährigen Journalisten Abdias Jean, Korrespondent der Radiostation WKAT aus Miami, der im Januar 2005 von Polizisten der Regierung ermordet wurde, während sie am 19. Januar 2006 den Tod

des Fotoreporters Jean Rémy Badio von SOS Journalists verfälscht wiedergab. Was für ein »Freiheits«-Ideal verteidigt RSF, wenn sie Gelder von den um die sogenannte »Informationsgesellschaft« besorgten Magnaten erhält? Unter den Firmen, die die »Berichte« der RSF verkaufen, ist das multinationale Unternehmen Publicis, die Werbeagentur Nummer eins in Frankreich und Europa, und die Nummer drei in den Vereinigten Staaten, zusammen mit ihrem Partner Saatchi aus New York und der französischen Vivendi. Jüngste Untersuchungen enthüllen, daß Publicis verantwortlich dafür ist, über die US-Filiale Starcom Media West das neue Image der US-Armee nach Europa und in die Welt vermittelt zu haben.

Gruppen wie die Internationale Stiftung für Freiheit und die Stiftung für Analyse und Sozialforschung, deren Präsident José Maria Aznar ist, und terroristische Organisationen wie die Kubanisch-Amerikanische Nationalstiftung und andere in diesem Stil gehören zu den Geldgebern der RSF: Komitee für ein Freies Kuba, Hewlett Packard, Stiftung Frankreichs, Stiftung Hachette, Stiftung Real Network, Atlasverlag, Kette SER, Open Society Institute, oder die Waffenfabrikanten Serge Dessault, François Pinault und Jean Maie Lagardere.

Im Jahr 2004 setzte die UNO die Akkreditierung der RSF aus, weil sie die Eröffnungsveranstaltung der jährlich tagenden Menschenrechtskommission unterbrochen hatte, und zwar mit Schmähschriften gegen den Vorsitz Libyens in dieser Kommission. Monate später, während des Gipfels der Informationsgesellschaft, der von der Internationalen Union für Telekommunikation (UIT, 2005) organisiert war, wurde Ménard zur Persona ingrata erklärt. •